

Health and safety law

Medical Law

Part 1 - Leitsatz

Title. 1

Das Leben ist das höchste Gut. Es zu schützen und zu erhalten ist das oberste Ziel jeder medizinischen Maßnahme. Jeder Mediziner ist dazu verpflichtet, hilfsbedürftigen Personen zu helfen und darf in seiner Maßnahme nicht behindert oder gestört werden. Wenn dem Mediziner körperliche Schäden drohen, ist er von dieser Verpflichtung entbunden.

Title. 2

Alle Hilfebedürftigen haben den gleichen Anspruch auf Hilfe, unabhängig von körperlichen Eigenschaften, geistigen Überzeugungen und der Tiletammung. Die verfügbaren Mittel werden allein nach dem Maß der Not und der Dringlichkeit der Hilfe eingesetzt.

Part 2 - Grundsätzliches

Unter dieses Gesetz fallen alle Einrichtungen der Gesundheitsversorgung, die Unterbehörden des LSMD sind. Dieses Gesetz gilt für sämtliche medizinische Berufe analog. Angestellte des LSMD besitzen staatliche Immunität für Aktivitäten im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeiten, welche durch die Dienstvorschriften definiert werden.

Part 3 - Qualifizierung & Legitimation

Title. 1

Als medizinisches Fachpersonal darf arbeiten, wer eine staatlich anerkannte Ausbildung des LSMD Titleolviert hat oder eine Titleolvierte Ausbildung anerkannt wird. Die Ausbildungen und Anerkennungen finden in den Unterbehörden des LSMD statt. Nach der Ausbildung durch das LSMD, kann an einer staatlich anerkannten medizinischen Einrichtung eine Fachliche Weiterbildung Titleolviert werden. Nach erfolgreichem Titlechluss dieser Weiterbildung erhält die Person eine staatliche Zulassung und darf somit als Arzt arbeiten.

Title. 2

Die Institution ist dafür verantwortlich, Sachkundenachweise von medizinischem Personal einzuholen und zu überprüfen.

Title. 3

Für die Qualifizierung der Bevölkerung im medizinischen Bereich (z.B. Erste Hilfe) oder anderen Behörden sind die vom LSMD beauftragten Einrichtungen zuständig. Diese sind zudem für die Weiterbildung der eigenen Mitarbeiter verantwortlich.

Part 4 - Medikamenten-Verordnung

Title. 1

Die Erlaubnis zur Vergabe von Opioiden Substanzen und deren Gegenmittel erfordert eine gesonderte Schulung und wird durch die Mediziner geprüft und gegebenenfalls erteilt.

Title. 2

Das Erwerben von Defibrillatoren außerhalb der Einrichtung ist nur in niedergelassenen und zugelassenen Arztpraxen gestattet.

Part 5 - Rechte der Patienten

Jeder Patient hat das Recht, über die Art und den Zweck der medizinischen Behandlung sowie über die Risiken und Nebenwirkungen vollständig aufgeklärt zu werden. Patienten haben das Recht, eine Behandlung zu verweigern oder eine zweite Meinung einzuholen.

Part 6 - Notfallmaßnahmen

Im Notfall haben medizinische Fachkräfte die Pflicht, schnell und effizient zu handeln, um das Leben und die Gesundheit der Patienten zu schützen. Notfallmaßnahmen dürfen ohne vorherige Zustimmung des Patienten durchgeführt werden, wenn ein Aufschub das Leben des Patienten gefährden würde.

Part 7 - Dokumentationspflicht

Alle medizinischen Eingriffe müssen sorgfältig dokumentiert werden. Die Dokumentation muss alle wesentlichen Informationen enthalten und für berechtigte Personen zugänglich sein.

Police Act

Part 1 - Abhören von Gesprächen

Title. 1

Generell ist es verboten, Gespräche oder ganze Räume abzu hören. Ein Verstoß wird mit Geld- und Freiheitsstrafe bestraft.

Title. 2

Eine Ausnahme von Title. 1 ist der Exekutiven nur dann gestattet, wenn die Judikative den Maßnahmen zugestimmt hat. Die Judikative darf einen solchen Antrag nur genehmigen, wenn eine der folgenden Bedingungen zutrifft:

1. Wenn bestimmte Anhaltspunkte darauf hindeuten, dass jemand eine besonders schwerwiegende Straftat begangen hat oder versucht hat, eine solche Straftat zu begehen, sei es als Täter oder als Mitwirkender,
2. Wenn es konkrete Anzeichen gibt, dass durch die Überwachung wichtige Äußerungen des Beschuldigten aufgezeichnet werden könnten, die zur Aufklärung des Falls oder zur Feststellung des Aufenthaltsorts eines Mitbeschuldigten beitragen könnten
3. Wenn die Ermittlung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes eines Mitbeschuldigten auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre.

Title. 3

Hiervon ausgenommen sind sowohl Mandantengespräche mit dem Anwalt des Verdächtigen als auch interne Gespräche von Staatsbediensteten. Das Abhören von Mandantengesprächen mit dem Anwalt, führt zu einem Verfahrensfehler. Das Abhören von internen Gesprächen von Staatsbediensteten, zählt als Spionage.

Title. 4

Überwachungsmaßnahmen dürfen sich nur gegen den Verdächtigen richten und sind ausschließlich in dessen Wohnungen zulässig. Die Überwachung in Wohnungen anderer Personen ist nur erlaubt, wenn stichhaltige Beweise darauf hindeuten, dass sich der Verdächtige dort aufhält. Zudem ist dies nur

gestattet, wenn die Überwachung in den Wohnungen des Beschuldigten allein nicht ausreicht, um den Sachverhalt aufzuklären oder den Aufenthaltsort eines Mitbeschuldigten zu ermitteln.

Part 2 - Personenkontrolle des anderen Geschlechts

Wenn eine Durchsuchung einer Person des anderen Geschlechts notwendig ist, sollte diese nur von einem Beamten oder einer Beamtin desselben Geschlechts durchgeführt werden. Falls dies nicht möglich ist, sollte die Durchsuchung in Anwesenheit eines zweiten Beamten erfolgen. Sobald ein/e Beamte/r des entsprechenden Geschlechts verfügbar ist, kann die Durchsuchung durchgeführt werden. Im Falle einer unmittelbaren Gefahr kann eine Durchsuchung auch von einem einzigen Beamten durchgeführt werden, vorausgesetzt, die betroffene Person stimmt zu. Falls keine Zustimmung vorliegt, kann die Person mithilfe eines Elektroschockers, Handschellen oder anderer Fesselungsmethoden immobilisiert aber nicht durchsucht werden.

Part 3 - Körperliche Untersuchung eines Beschuldigten

Title. 1

Eine körperliche Untersuchung des Beschuldigten darf zur Feststellung von Tatsachen angeordnet werden, die für das Verfahren von Bedeutung sind. Zu diesem Zweck sind Entnahmen von Blutproben und andere körperliche Eingriffe, die von einem Arzt nach den Regeln der medizinischen Praxis zu Untersuchungszwecken vorgenommen werden, ohne Einwilligung des Beschuldigten zulässig, wenn kein Nachteil für seine Gesundheit zu befürchten ist. Die Anordnung steht einem Richter, bei Gefährdung des Untersuchungserfolges durch Verzögerung auch der Staatsanwaltschaft und allen Exekutivbeamten zu.

Title. 2

Dem Beschuldigten entnommene Blutproben oder sonstige Körperzellen dürfen nur für Zwecke des der Entnahme zugrundeliegenden oder eines anderen anhängigen Strafverfahrens verwendet werden. Die Proben sind unverzüglich zu vernichten, sobald sie hierfür nicht mehr erforderlich sind.

Title. 3

Mitarbeiter des LSMDs sind zur Durchführung von angeordneten körperlichen Untersuchungen und entsprechender Eingriffe verpflichtet, sofern kein Nachteil für die Gesundheit des zu Untersuchenden zu befürchten sind.

Weapons Act (WA)

Part 1 - Definition

Title. 1

Unter den Waffenschein fallen folgende Handfeuerwaffen, die in einem staatlich zugelassenen Waffenladen erwerblich sind:

1. Double Action Revolver
2. Pistole .50 Cal
3. Muskete
4. Signalpistole

Title. 2

Alle anderen Hieb-, Stich-, Handfeuer- und Langwaffen, die nicht im WAffG Part2 Title. 1 stehen sind als illegal einzustufen. Außerdem gelten alle Waffen ohne Seriennummer als illegal.

Part 2 - Grundregeln

Title. 1

Eine Schusswaffe ist jede Vorrichtung, mit der feste Körper durch einen Lauf in eine bestimmbare Richtung getrieben werden können.

Title. 2

Die Ausgabe eines Waffenscheins obliegt dem Staate Los Santos. Ein Waffenschein kann nur von der Judikative oder einer durch die Judikative anerkannte Stelle, ausgestellt werden. Wer eine legale Waffe ohne Waffenschein oder eine illegale Waffe führt, ist mit einer Freiheitsstrafe und/oder einer Geldstrafe zu bestrafen.

Title. 3

Der Waffenschein kann nur durch die Judikative permanent entzogen werden. Die Exekutive kann temporär einen Waffenschein entziehen bis der Sachverhalt geklärt wurde. Der Waffenschein darf nur nach einem entsprechenden psychologischen Gutachten erneut ausgestellt werden.

Title. 4

Personen, die im Besitz eines Waffenscheins sind, können legale Waffen sowie dazugehörige Magazine in staatlich anerkannten Verkaufsstellen erwerben.

Title. 5

Das Entfernen einer Seriennummer oder die Modifikation von Schusswaffen mittels Anbauteilen jeglicher Art ist verboten. Ausgenommen von dem Modifikationsverbot sind Waffen im Besitz des Staates oder im Besitz von Organisationen mit Sondergenehmigung, sowie die Modifikation durch Taschenlampen oder Zielloptiken ohne Nachtsicht und ohne Wärmesicht.

Title. 6

Die Weitergabe von Waffen an Personen ohne Waffenschein, sei es auch nur zum Transport in Einzelteilen, wird mit dem Entzug des Waffenscheins und einer Freiheitsstrafe bestraft. Auf Wunsch kann die Freiheitsstrafe durch eine Geldstrafe, die dem anderthalbfachen der üblichen Strafumwandlung entspricht, ersetzt werden.

Part 4 - Sportgeräte und Werkzeuge

Legale Sportgeräte und Werkzeuge, die keinen Waffenschein benötigen und im Handel frei erhältlich sind, sind:

1. Baseballschläger
2. Golfschläger
3. Taschenlampe
4. Brecheisen
5. Hammer
6. Billardqueue
7. Jagdmesser
8. Axt
9. Signalfackel

Title. 2

Das Benutzen von Sportgeräten oder Werkzeugen ist nur für die Ausübung einer legalen Tätigkeit vorgesehen.

Part 5 - Beamte und Dienstwaffen

Title. 1

Wer als Beamter, Waffen oder Güter bei sich trägt die in der Dienstvorschrift oder von einem Vorgesetzten nicht genehmigt wurden, ist mit einer Suspendierung und Geldstrafe zu bestrafen.

Title. 2

Exekutivbeamte, die im Dienst sind, benötigen für die Dienstwaffen keinen Waffenschein. Die Leitung der jeweiligen Exekutiven ist verpflichtet, Sorge zu tragen, dass die Beamten entsprechend geschult werden.

Part 6 - Handel

Das An- und Verkaufen sowie das Übergeben von Schusswaffen, ohne erforderliche Händlerlizenz, ist mit einer Freiheitsstrafe und/oder Geldstrafe zu bestrafen. Wer illegale Waffen kauft, verkauft oder übergibt, ist mit einer Freiheitsstrafe und/oder Geldstrafe zu bestrafen.

Part 7 - Nutzung von Waffen

Title. 1

Wer eine illegale oder lizenzpflichtige Schuss- oder Stichwaffe öffentlich und einsatzbereit in der Hand trägt, ist mit einer Geldstrafe und/oder Freiheitsstrafe zu bestrafen. Bei Zuwiderhandlung ist die Person mit einem Waffen- und Waffenscheinenzug zu bestrafen. Die Judikative kann Ausnahmen von diesem Titleatz ausstellen.

Title. 2

Wer mit seinen Waffen fahrlässig umgeht, so dass sich Schüsse lösen können oder jemanden bedroht, auch mit ungeladener Waffe, ist mit einer Geldstrafe und/oder Freiheitsstrafe zu bestrafen. Weiterhin steht es den Beamten offen, die Waffen und den Waffenschein zu beschlagnahmen.

Title. 3

Sportgeräte und Werkzeuge fallen nicht unter die waffenrechtliche Verordnung. Das Zweckentfremden dieser Gegenstände ist verboten und wird bestraft. Durch das Zweckentfremden dieser Gegenstände, bei Gewalttaten, gelten diese als Waffe.

General provisions on direct coercion (GPODC)

Part 1 - Rechtliche Grundlagen

Title. 1

Vollzugsbeamte des Staates sind alle die eindeutig als Beamte des LSPD zu erkennen.

Title. 2

Sollte ein Beamter gegen einen Paragraphen des UzWG verstoßen, wird dieser Suspendiert und mit einer Geld- und/oder Haftstrafe bestraft.

Part 2 - Einschränkung von Grundrechten

Im unmittelbaren Zwang werden die Grundrechte auf das Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit der Person, Ehre und Unverletzlichkeit der Wohnung eingeschränkt.

Part 3 - Hilfeleistung für Verletzte

Wird unmittelbarer Zwang angewendet, so ist Verletzten, soweit es nötig ist und die Lage es zulässt, Beistand zu leisten und ärztliche Hilfe zu verschaffen oder zu leisten.

Part 4 - Handeln auf Anordnung

Title. 1

Vollzugsbeamte sind verpflichtet unmittelbaren Zwang anzuwenden, wenn ein Vorgesetzter oder eine dazu befugte Person dies anordnet, ein gerichtliches Schreiben vorliegt, eine Straftat begangen wurde oder Gefahr für Leib und Leben einer Person besteht. Eine Anordnung darf nicht befolgt werden, wenn dadurch unnötiger Schaden entsteht.

Title. 2

Der Vollzugsbeamte soll dem Anordnenden eventuelle Bedenken bezüglich der Rechtmäßigkeit der Anordnung vorbringen, sofern dies unter den gegebenen Umständen möglich ist.

Part 5 - Festnahme von Personen

Eine Person, die in Gewahrsam von Vollzugsbeamten genommen wird, muss entwaffnet und kann festgenommen werden. Dies ist abhängig von der Entscheidung des Vollzugsbeamten. Unmittelbar nach der Festnahme müssen dem Betroffenen seine Rechte vorgelesen werden. Falls dies unterlassen wird, können die Aussagen des Festgenommenen vor Gericht nicht verwendet werden. Das Vorlesen der Rechte kann spätestens nach dem Eintritt in die Zelle nicht nachgeholt werden.

Part 6 - Personendurchsuchungen

Eine Person darf durchsucht werden, wenn

1. diese festgenommen wurde
2. es zum Aufklären einer Straftat dient
3. Gefahr in Verzug besteht
4. die Exekutive oder die Judikative einen begründeten Verdacht hat
5. jemand vor der Exekutive flüchtet
6. ein Haftbefehl vorliegt
7. ein Beschluss vorliegt

Part7 - Fahrzeugdurchsuchungen

Ein Fahrzeug darf durchsucht werden, wenn

1. die Exekutive jemanden auf frischer Tat erwischt
2. die Person Titleeits der Straße fährt und sich verdächtig verhält
3. Gefahr in Verzug besteht
4. die Exekutive oder die Judikative einen begründeten Verdacht hat
5. jemand vor der Exekutive flüchtet
6. ein Haftbefehl vorliegt
7. ein Beschluss vorliegt

Part 7 - Dienstwaffengebrauch gegen Personen

Title. 1

Dienstwaffen dürfen gegen einzelne Personen nur gebraucht werden, um die bevorstehende Ausführung oder die Fortsetzung einer rechtswidrigen Tat zu verhindern. Es ist immer das geringste Mittel zu wählen.

Title. 2

Es darf die Dienstwaffe genutzt werden, wenn eine Person versucht sich der Festnahme zu entziehen oder Beteiligter bei einer Straftat ist. Ausgenommen sind die Personen, die sich bereits ergeben haben oder wehrlos sind.

Title. 3

Die Dienstwaffe darf ebenfalls zur Vereitelung einer Flucht oder zur erneuten Ergreifung einer Person, die sich in amtlichen Gewahrsam befand, verwendet werden.

Title. 4

Das Recht zum Gebrauch von Schusswaffen auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften bleibt unberührt.

Part 8 - Identitätsfeststellung

Jeder Person ist ausweispflichtig gegenüber Beamten der staatlichen Ermittlungsbehörden. Sollte die Identität nicht sofort festgestellt werden können, ist die Person so lange festzuhalten, bis die Identität festgestellt werden konnte. Bei Beamten im Dienst ersetzt der Dienstausweis den Personalausweis.

Explosives Act (EA)

Part 1 - Definitionen

Title. 1

Sprengstoffe sind Stoffe und Zubereitungen, die geeignet sind, durch ihre chemische oder physikalische Wirkung Explosionen hervorzurufen.

Title. 2

Explosive Stoffe sind Stoffe und Zubereitungen, die so beschaffen sind, dass sie durch chemische Reaktionen unter Freisetzung von Gasen oder Wärme eine Explosion verursachen können.

Title. 3

Feuerwerkskörper sind pyrotechnische Gegenstände die durch Verbrennung oder Detonation von sich selbst, zum Zwecke der Unterhaltung entsprechende, optische oder akustische Effekte zu erzeugen. Weitere Merkmale sind die begrenzte Reichweite der Explosion, von weniger als 5 cm Explosionsradius, und der begrenzten Zeit, von wenigen Sekunden, von der Zündung bis zur Detonation. Die optischen und akustische Effekte des Feuerwerkskörpers dürfen den Explosionsradius um bis zu 10 Meter überschreiten.

Part 2 - Erlaubnis zum Umgang mit Sprengstoffen

Der Umgang mit den unter Title. 1 definierten Gegenständen ist nur mit einer Sondergenehmigung gestattet, die durch die Judikative erteilt wird. Die Sondergenehmigung wird nur erteilt, wenn die Zuverlässigkeit und die Fachkenntnis des Antragstellers bestätigt wurde. Der Umgang mit Feuerwerkskörpern im privaten Bereich und in kleinen Mengen ist hiervon ausgenommen und somit jedem gestattet.

Part 3 - Aufbewahrung und Transport

Die unter Title. 1 definierten Gegenstände, sind so aufzubewahren und zu transportieren, dass eine unbefugte Entnahme oder Verwendung ausgeschlossen ist und alle Sicherheitsvorschriften eingehalten wurden.

Part 4 - Herstellung und Verwendung

Die Herstellung von unter Title. 1 definierten Gegenständen, als auch die Verwendung dieser Gegenstände, ist nur nach einer Genehmigung der Judikativen oder Exekutiven gestattet. Die Einhaltung der geltenden Sicherheitsvorschriften wird regelmäßig und unangekündigt überprüft.

Narcotics Act (NA)

Part 1 - Begriffserklärung

Betäubungsmittel sind Substanzen, deren Konsum kurz- oder langfristig zu Abhängigkeit sowie zu Einschränkungen der körperlichen und geistigen Fähigkeiten führen kann. Diese Substanzen und Gegenstände als auch sämtliche Zwischenprodukte, Rohstoffe und Erzeugnisse, die bei ihrer Herstellung verwendet oder hergestellt werden, sind illegal. Der Besitz ist mit einer Geld- und/oder Freiheitsstrafe zu bestrafen.

Part 2 - Definition

Title. 1

Illegale Betäubungsmittel im Sinne des Gesetzes sind:

1. Kokain
2. Heroin, jeglicher Art
3. Gras
4. Meth

Bei nicht aufgeführten Stoffen tritt BtmG Part1 Title. 1 in Kraft.

Part 3 - Eigenbedarf

Joints in einer Menge von 3 Stück gelten als Eigenbedarf und dürfen nicht geahndet werden. Sobald diese Grenze überschritten ist, drohen Geld- und/oder Freiheitsstrafen, sofern keine ärztliche Ausnahmeregelung getroffen wurde.

Part 4 - Handel

Das Handeln von Betäubungsmitteln umfasst alle Vorgänge im Zusammenhang mit dem An- und Verkauf von Substanzen gemäß BtmG Part1 Title. 1 und Title. 2 und ist mit Geld- und/oder Freiheitsstrafe zu bestrafen. Der Versuch ist ebenso strafbar.

Part 5 - Herstellung und Verarbeitung

Das Verarbeiten von Substanzen zu Produkten deren Besitz laut BtmG Part 1 Title. 3 ist, gilt als Herstellung im Sinne des Gesetzes und ist strafbar. Als Herstellungsprozess gilt es, wenn eine Person im direkten Umfeld eines Verarbeiters angetroffen wird. Die Strafe hierfür ist eine Geld- und/oder Freiheitsstrafe.